

Petra Merkel: „Steiniger Weg“

Petra Merkel, Berliner Abgeordnete des Deutschen Bundestages, ist am 15. Dezember 2006 als Ordentliches Mitglied in die Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen berufen worden. Das Gremium besteht aus jeweils 16 Mitgliedern aus Bundestag und Bundesrat, den Vorsitz übernehmen Peter Struck (SPD) und Günther Oettinger (CDU).



Petra Merkel, SPD-Bundestagsabgeordnete. Foto: SPD Berlin

Als „steinigen Weg“ bezeichnete die SPD-Politikerin Merkel die Aufgabe der Kommission, Vorschläge zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu erarbeiten, um diese an die in Deutschland veränderten Rahmenbedingungen insbesondere für Wachstums- und Beschäftigungspolitik anzupassen. Die wichtigsten Ziele des Gremiums seien die Verringerung des Schuldenstandes von Bund und Länder sowie die Förderung des Bürokratieabbaus in Deutschland. Auch die Länderfusion von Berlin und Brandenburg stehe auf der Agenda der Kommission, sagte Merkel.

Swen Schulz: Intrige der CDU

Der Spandauer SPD-Kreisvorsitzende Swen Schulz hat an die Fraktionen in der Spandauer BVV appelliert, den SPD-Stadtratskandidaten Axel Hedergott bei der Abstimmung im Januar mitzutragen. Verwundert zeigte er sich über Aussagen des Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der BVV Spandau, Arndt Meißner. Ihm zufolge werde der SPD-Stadtratskandidat Axel Hedergott im Januar von der Zählgemeinschaft nicht gewählt. „Der CDU-Fraktionsvorsitzende lässt den nötigen Respekt vor demokratischen Wahlen vermissen“, so Schulz. „Schließlich ist die Wahl der Mitglieder des Bezirksamtes geheim ist und die Bezirksverordneten sind in ihrer Entscheidung frei.“ Schulz: „Ich appelliere an die Fraktionen und an die einzelnen Bezirksverordneten, sich von der CDU-Führung nicht wie Marionetten behandeln zu lassen. Axel Hedergott hat sich nichts zuschulden kommen lassen, sondern sieben Jahre hart und ohne Beanstandungen für den Bezirk gearbeitet. Er darf nicht einer CDU-Intrige zum Opfer fallen.“ □

Umweltschutz:

SPD muss den Druck erhöhen

Prof. Holger Rogall: PDS in klimapolitische Verantwortung nehmen

Die neuste Untersuchung zum Umweltbewusstsein in Deutschland zeigt, dass die Bevölkerung – anders als viele Politiker und Verbandsvertreter – die Brisanz der Klimaerwärmung erkannt hat. Damit steht Deutschland am Beginn der dritten Welle der Umweltpolitik, vielleicht die letzte Chance unseren Kindern und Enkeln ein menschenwürdiges Leben auf der Erde zu sichern.

Das Bundesumweltministerium (BMU) lässt seit 1990 in zweijährigen Abständen das Umweltbewusstsein in Deutschland untersuchen. Landete der Umweltschutz als wichtigstes Problem im Jahr 2000 noch auf Platz 4, war das Thema 2006 auf den 2. Platz vorgerückt (hinter: Arbeitsmarkt, noch vor: Soziale Aspekte und Wirtschaftslage).

SORGE VOR DER KLIMAERWÄRMUNG

Die Hauptsorge betrifft dabei die begonnene Klimaerwärmung. So sehen heute fast alle deutschen Bürger (93%) „für wirksamen Umweltschutz zu sorgen“ als sehr wichtigen bzw. eher wichtigen politischen Aufgabenbereich an. Die Untersuchung zeigte aber auch ein weiteres Mal den eklatanten Unterschied zwischen Denken und Handeln der Menschen. 66% der deutschen Bevölkerung stimmt der Aussage „voll und ganz“ oder „weitgehend“ zu: „es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen“ und 62% stimmen der Aussage zu: „Wenn wir so weiter machen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu.“ Dennoch tun die Menschen selbst wenig für eine Verbesserung der Situation: nur etwa 3% beziehen Ökostrom und nach den jüngst veröffentlichten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat der Energieverbrauch der Haushalte für Wohnzwecke zwischen 1995 und 2005 um weitere 3,5% zugenommen.

WENIG VERTRAUEN IN GUTE VORSÄTZE

Bei Umweltökonomien erzeugt dieser scheinbare Widerspruch wenig Erstaunen: Die Bevölkerung erkennt aus ihrer Sicht völlig zu recht, dass schwache Instrumente wie etwa Selbstverpflichtungen der Wirtschaft und gute Vorsätze der Bürger nicht geeignet sind, wichtige Umweltprobleme zu lösen. Eine überwältigende Mehrheit von 70% aller deutschen Bürger vertritt da-



Prof. Dr. Holger Rogall, Hochschullehrer für Umweltökonomie an der FHW Berlin, war vier Legislaturperioden Mitglied in der Berliner SPD-Fraktion. Foto: privat

her auch die Ansicht „dass die Bundesregierung mehr für den Umweltschutz tun soll (ganze 2% fordern weniger Umweltschutz). Folgerichtig plädiert die Mehrheit dafür, „dass die Politik mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für eine deutliche Verringerung von klimaschädlichen Gasen zu sorgen hat, und zwar vor allem mit Vorschriften und Förderprogrammen.“

Aus diesen Wünschen der Bevölkerung und der unsicheren Versorgung mit Öl und Gas muss die Politik endlich die notwendigen Konsequenzen ziehen und einen Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung durchsetzen. Wer nach dem Öl-Lieferstopp aus Russland und der Studie von Sir Nicholas Stern immer noch konsequentere Maßnahmen ablehnt, hat seinen Anspruch auf politische Verantwortung verspielt. Der ehemalige Chefökonom der Weltbank hat die Folgen des unterlassenen Klimaschutzes mit einem Wohlstandsverlust von bis zu 20% angegeben (etwa so wie in dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren des 20. Jh.).

Die Berliner SPD-Fraktion muss aufgrund dieser neuen Erkenntnisse jetzt handeln und die für den Klimaschutz verantwortliche Senatorin für Umweltschutz sowie die PDS-Fraktion auffordern, die in der letzten Legislaturperiode aus Zeitgründen nicht mehr verabschiedete Gesetzesnovelle des Berliner Energiespargesetzes neu einzubringen und in der damals vorgelegten Form zu verabschieden.

Ein längeres Warten auf den Bund ist nicht sinnvoll, da die Pläne für ein Wärmenutzungsgesetz erneuerbarer Energien aufgrund der Koalitionsdifferenzen nicht mehr weiterverfolgt werden.

Holger Rogall □

Die Daten stammen aus BMU (2006/12): Umweltbewusstsein in Deutschland 2006, Broschüre.